

ZUR SACHE

Ein Schauprozess ohne Gewinner



Die italienische Justiz lässt bei Stephan Schmidheiny nicht locker. Nach dem Freispruch im Asbest-Prozess droht ihm nun eine neue Anklage.

Tausende Tote – und kein Schuldiger? Die Empörung der Asbestopfer und ihrer Angehörigen nach dem Freispruch für Stephan Schmidheiny ist auf den ersten Blick verständlich. Doch die Frage ist falsch gestellt. Richtig müsste sie lauten: Sind wir wirklich sicher, dass die Justiz mit dem ehemaligen SEG-Chef den richtigen und vor allem den einzigen Schuldigen für das Asbestdrama vor Gericht gestellt hat? Die Fokussierung auf Schmidheiny war bequem: Sie lenkte von der Verantwortung der eigenen Behörden ab, welche die Asbestverarbeitung erst Jahre nach dem Ausstieg Schmidheyns verbot. Sie war auch bequem für die Gewerkschaften, welche einst gegen die Schliessung der Eternitfabriken protestiert hatten und sich dann im Prozess als Zivilkläger aufspielten. Sie war bequem für alle.

Schmidheiny trifft als führender ehemaliger Asbest-Unternehmer zweifellos eine Mitverantwortung – nicht nur in Italien, auch in der Schweiz. Doch der Versuch, das tödliche Vermächtnis der Asbestverarbeitung in einem Schauprozess auf einen Einzelnen abzuschieben, war der falsche Weg – und ausserdem begleitet von Verstössen gegen die Prinzipien der fairen Prozessführung und von Rechtsbeugungen in der Vorinstanz. Letztlich haben bei diesem Prozess alle verloren: Die italienische Justiz, deren Glaubwürdigkeit weiter gelitten hat; Schmidheiny, der seit Jahren im Stillen den Opfern hilft und sich als Massenmörder verunglimpfen lassen musste; der italienische Staat, der ausländische Investoren abschreckt. Und nicht zuletzt auch die Opfer und ihre Angehörigen, denen während Jahren vorgegaukelt wurde, ihnen werde Gerechtigkeit zuteil, wenn ein Sündenbock hinter Gitter wandere.

Dominik Straub
wirtschaft@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Die Rentenreform wird unterschiedlich aufgenommen.

TagesAnzeiger Wer Milliardendefizite in der AHV und eine schlechende Destabilisierung der zweiten Säule abwenden will, muss die Sache jetzt an die Hand nehmen. (...) Der Bundesrat hat ein Gesamtkonzept erarbeitet, das ein vernünftiges Ziel hat: die Leistungen der ersten und zweiten Säule zu garantieren und eine generelle Rentenalterdebatte zu vermeiden. Die Sparmassnahmen sind auf ein Minimum beschränkt: Frauen sollen bis 65 arbeiten und Witwen nur noch Renten erhalten, wenn sie Kinder haben.

Neue Zürcher Zeitung Der Bundesrat (...) verpasst es, nachhaltige Strukturreformen auf den Weg zu bringen. Neue Reformen braucht es schon in den 2030er-Jahren. Die Reaktionen zeigen, dass zwar die Gesamtschau gewürdigt wird, nicht aber der Inhalt. Wenn die Regierung nicht bereit ist, in der Alterspolitik reinen Wein einzuschenken, dann obliegt diese dringende Aufgabe dem Parlament. Es muss eine Strukturreform gelingen, die wirklich nachhaltig ist. Wenn diese dann an der Urne scheitert, bliebe immer noch die Variante, in der Not Mehreinnahmen zu beschliessen.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstoff)

Verlag und Druck:

St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128 569 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch
Urs Bucher, Leitung Werbemarkt



Bild: ap/Vahid Salemi

30,6 Millionen Fass Rohöl fördern die Opec-Länder täglich. Mit dem Geld aus dem Ölgeschäft füllen sie ihre Staatskassen.

Saudi-Arabien unter Verdacht

Der Ölpreis ist in den vergangenen fünf Monaten um 30 Prozent gefallen und bleibt wohl auf Jahre hinaus tief. Zwei Verschwörungstheorien machen die Runde, um den spektakulären Preisverfall zu erklären.

CHRISTIAN MIHATSCH

«Alle Gespräche begannen und endeten mit dem Ölpreis», sagt David Kostin von der US-Bank Goldman Sachs über einen Besuch in Texas. «Benommen von der Grausamkeit des Preisverfalls, hatten sich unsere Gesprächspartner damit abgefunden, dass der Ölpreis für mehrere Jahre tief bleiben wird.» Diese Einschätzung deckt sich mit einem Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA). Diese erwartet sogar noch tiefere Preise: «Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage deutet darauf hin, dass der Preisverfall noch nicht abgeschlossen ist. Der Druck auf den Preis könnte in der ersten Hälfte 2015 noch weiter zunehmen.»

Dabei lag der Preis zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich unter 80 Dollar für ein Fass (159 Liter) der Nordseesorte Brent, dem Referenzpreis für mehr als die Hälfte des globalen Ölmarktes. Aus Sicht der IEA hat daher «ein neues Kapitel in der Geschichte des Ölmarktes begonnen». Dieses neue Kapitel zeichnet sich durch zwei Merkmale aus: eine geringere Nachfrage in China und Europa sowie der Fracking-Boom in den USA. Amerika konnte seine Ölproduktion in den letzten sechs Jahren um 70 Prozent steigern.

Förderung wird kaum gedrosselt

Nun ruhen alle Augen auf einem Treffen vom 27. November in Wien. Dort könnten die Minister des Ölländer-Kartells Opec eine Kürzung der Produktion beschliessen. Dies gilt aber als unwahrscheinlich, denn die Disziplin der Kartellmitglieder ist chronisch schlecht. So fördern die Opec-Länder derzeit 30,6 Millionen Fass pro Tag statt der vereinbarten 30 Millionen. «Der Druck auf die Opec nimmt zu, die Produktion zu kürzen. Aber im Moment scheint es keinen Konsens über einen formellen Produktionsschnitt zu geben», schreibt die IEA. Wenig Hoffnung hat auch der iranische Ölminister Bijan Zanganeh:

«Zum vorherigen Ölpreis zurückzukehren ist schwierig, aber wir sollten den Preis so stark verändern, wie es die neue Marktsituation erlaubt.» Zu diesem Zweck üben sich die Opec-Minister seit einigen Tagen in hektischer Reisediplomatie. Ausserdem soll das Nicht-Opec-Mitglied Russland am Wiener Treffen teilnehmen. Die meisten Opec-Länder brauchen aber die Einnahmen aus der Ölproduktion und haben wenig Spielraum, die Förderung zu senken. Einzig Saudi-Arabien könnte seine Produktion deutlich drosseln, ohne dass der Staatshaushalt in Schieflage gerät. Doch das Wüstenkönigreich hat bereits angedeutet, dass es nicht bereit ist, auf Marktanteile zu verzichten.

Verschwörung gegen Russland?

Derzeit machen zwei Verschwörungstheorien die Runde, warum Saudi-Arabien auf seinem Marktanteil beharrt: Erstere geht von einem Pakt zwischen den USA und Saudi-Arabien aus. Die beiden Länder hätten vereinbart, den Ölpreis zu drücken, um Russland und Iran zu schaden. Russland braucht einen Ölpreis von 114 Dollar und Iran einen von 136 Dollar, um den Staatshaushalt ausgleichen zu können. Der Schaden ist bereits angerichtet: Der Rubel ist dieses Jahr um knapp 40 Prozent gegenüber dem Dollar gefallen, die

Wirtschaft stagniert, und der russische Präsident Wladimir Putin spricht von einem «katastrophalen Preisverfall». Derweil muss Iran auf seinen Staatsfonds zurückgreifen. Falls es den Pakt gibt, funktioniert er also bestens. Und US-Aussenminister John Kerry stellt die Existenz einer heimlichen Vereinbarung zumindest nicht in Abrede. Auf eine Frage nach dem Pakt sagte er: «Die Saudis sind sich sehr, sehr bewusst, dass sie die Möglichkeit haben, den Ölpreis zu beeinflussen.» Ein klares Dementi sieht anders aus.

Saudi-Arabien kontra US-Fracking

Die zweite Theorie geht von einem Preiskrieg Saudi-Arabiens gegen die US-Frackingfirmen aus. Durch einen tiefen Ölpreis sollen diese aus dem Markt gedrängt werden. In Saudi-Arabien kostet die Förderung von einem Fass Öl sechs Dollar. Für die Frackingfirmen sind die Kosten derweil sehr unterschiedlich: zwischen 40 und 100 Dollar sind es pro Fass. Die US-Bank Citigroup schreibt in einer neuen Studie, dass der Ölpreis auf 50 Dollar sinken müsste, bevor die US-Ölproduktion zurückgeht.

Trotzdem nimmt auch in der US-Öl- und -Finanzindustrie die Nervosität zu. Grund ist die Finanzierung der vielen, oft relativ kleinen Frackingfirmen. Diese haben ihre För-

derpumpen zu einem grossen Teil auf Pump finanziert – mit Ramschanleihen, den Junk Bonds. Diese Anleihen zeichnen sich durch hohe Zinsen und hohes Risiko aus. Der Anteil von Energiefirmen am Markt für Junk Bonds ist in den letzten vier Jahren deutlich gestiegen, von 5 auf 15 Prozent. Ausserdem hat sich das Volumen des Junk-Bond-Markts seit 2008 verdreifacht. Die Deutsche Bank hat einen Stresstest für den Junk-Bond-Markt durchgeführt: Wenn der Ölpreis auf 60 Dollar fällt, dann droht bei knapp einem Drittel der Anleihen ein Ausfall. Und weiter: «Ein Schock dieser Grössenordnung könnte ausreichen, um eine breitere Welle an Anleiheausfällen auszulösen.»

Preisverfall stimuliert Wirtschaft

Dies ruft Erinnerungen an die Finanz- und Wirtschaftskrise wach: Im Jahr 2008 hatte der Zusammenbruch des Markts für Ramschhypotheken (Subprime-Krise) erst die Bank Lehman Brothers und dann die ganze Welt in den Abgrund gerissen. Trotzdem ist ein Vergleich mit der Subprime-Krise gewagt: Es sind heute viel weniger Ramschanleihen von Frackingfirmen ausstehend, als es Ramschhypotheken im Jahr 2008 waren. Den Käufern von Junk Bonds ist das Risiko bewusst, während viele Subprime-Hypotheken so geschickt gebündelt wurden, dass sie als mündelsicher galten. Und wegen der strengeren Regulierung der Banken nach der Krise 2008 werden weniger Ramschpapiere als früher gehalten, da die Finanzinstitute diese mit relativ viel wertvollem Eigenkapital unterlegen müssen.

Zudem stimuliert der Verfall des Ölpreises die Wirtschaft, was für die meisten anderen Junk Bonds positive Auswirkungen haben dürfte: Die US-Bank Citigroup schätzt, dass der Ölpreisverfall einem Stimuluspaket für die Weltwirtschaft von 1,5 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung entspricht. Es gab also schon schlechtere Nachrichten kurz vor Weihnachten.

Atomdeal als Wegweiser

CHRISTIAN MIHATSCH

Seit Dienstag verhandeln die UNO-Vetomächte und Deutschland mit Iran über dessen Atomprogramm (gestrige Ausgabe). Aussichten auf eine Einigung bestehen. Letzte Woche hat Russland angekündigt, Iran acht weitere Atomkraftwerke zu verkaufen. Die Brennstäbe für diese Atommeiler sollen in Russland aus Uran hergestellt werden, das in Iran angereichert wurde. Dadurch hätte

das Land nie genug Uran für den Bau einer Atombombe vorrätig. Und damit haben sich die Chancen verbessert, eine Lösung für die Urananreicherung zu finden. In diesem Fall würden die Sanktionen gegen Iran aufgehoben, und das Land könnte seine Ölexporte deutlich steigern: Vor den Sanktionen exportierte Iran 2,5 Millionen Fass Öl pro Tag, heute nur noch eine Million. Eine Einigung würde daher den Ölpreis zusätzlich unter Druck setzen.